



# FAMILIENPOLITIK: DEUTSCHE UND FRANZÖSISCHE HERAUSFORDERUNGEN

## HINTERGRUNDPAPIER

### Familienpolitische Prioritäten in Frankreich und Deutschland

Deutschland und Frankreich gehören zu den europäischen Ländern, die im EU-Vergleich überdurchschnittlich viel in familienbezogene Leistungen investieren. Familienpolitik zielt zum einen auf einen finanziellen Lastenausgleich ab, besteht aber zunehmend auch darin, Eltern über die Bereitstellung von Betreuungsangeboten die Vereinbarung von Erwerbstätigkeit und Familienleben zu ermöglichen.

Die deutsche Familienpolitik der Nachkriegszeit fußte jahrzehntelang vor allem auf einer Kombination von Transferleistungen, auf – im internationalen Vergleich – hohen steuerlichen Entlastungen und auf indirekten Zuwendungen. Diese Maßnahmen sollten Familien ein ausreichendes Auskommen sichern, wenn mit der Geburt eines Kindes die finanzielle Belastung steigt. Auch in Frankreich gibt es Transferleistungen, diese spielen aber im Vergleich zu Deutschland eine geringere Rolle. Dort bildet neben den ebenfalls beträchtlichen Steuervorteilen vor allem die staatliche Förderung der Kindertagesbetreuung seit den 1970er Jahren einen maßgeblichen Pfeiler der Familienpolitik.

Seit Beginn der 2000er Jahre ist in Deutschland allerdings eine Prioritätenverschiebung festzustellen, die gesellschaftlichen Veränderungen Rechnung trägt. Mit der zunehmenden Abkehr vom lange Zeit vorherrschenden Alleinverdienermodell galt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fortan als Schlüsselfaktor, um die Erfüllung des Kinderwunsches mit einer (auch politisch sowie von Seiten der Unternehmen gewollten) höheren Erwerbsbeteiligung von Frauen in Einklang zu bringen. Die neuen Maßnahmen (u.a. das Elterngeld und deutlich mehr Kinderbetreuungsangebote) zielten vorrangig darauf ab, familiäre Auszeiten zu ermöglichen, gleichzeitig aber auch eine schnellere Rückkehr in den Beruf zu fördern. Im Zuge dieser Politik sind beim Anteil der in einer Kindertageseinrichtung oder durch eine Tagespflegeperson betreuten Kinder unter drei Jahren seit 2007 erhebliche Fortschritte erzielt worden.

### Vorbild Frankreich?

Aus deutscher Perspektive erscheint die französische Familienpolitik häufig als Vorbild. Schließlich begann der Ausbau der Kindertagesbetreuung erheblich früher und der Anteil der vollzeitbeschäftigten Frauen ist deutlich höher. Zwar ist die Erwerbstätigkeit von Frauen zwischen 20 und 64 Jahren in Deutschland seit den 1960er Jahren stark gestiegen (2015: 73,6%) und liegt heute sogar über dem Wert für Frankreich (66,5%). In Frankreich arbeiten allerdings 46% der Mütter unter 50 Jahren in Vollzeit. In Deutschland sind es nur 27%, denn viele Paare entscheiden sich mit dem ersten Kind für ein Vollzeit/Teilzeit-Modell, wobei die Frauen zumeist mehr Zeit in der Familie verbringen.

Doch auch in Frankreich muss sich die Familienpolitik immer wieder den gesellschaftlichen Entwicklungen anpassen. Es bestehen zum Teil beträchtliche regionale und sogar lokale Unterschiede bei den Betreuungsangeboten – ein Faktor, der auch in der deutschen Diskussion eine Rolle spielt, insbesondere mit Blick auf die historisch und kulturell bedingten Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland. Außerdem ist der Bedarf auch in Frankreich aufgrund der hohen Geburtenrate weiter gestiegen. Gleichzeitig haben die Defizite der Familienkasse erste Einschränkungen bei den familienbezogenen Leistungen erforderlich gemacht (teilweise Abweichung vom Universalprinzip zugunsten einer Bedarfsorientierung).

## Bedürfnisse von Eltern und Kindern

In beiden Ländern gibt die Ausrichtung der Familienpolitik durchaus Anlass zu Kontroversen. Einerseits geht es dabei um die Bedürfnisse der Eltern (auch angesichts der zunehmenden Ausdifferenzierung familiärer Lebensformen) und um die Frage, wie Politik am besten zu deren Befriedigung beitragen kann. In der Praxis gestaltet sich dies außergewöhnlich schwierig, da zahlreiche Faktoren eine Rolle spielen: finanzielle Situation, Passgenauigkeit von Angebot und Nachfrage bei der Kinderbetreuung, soziale Anerkennung von Erwerbs- und Familienarbeit, Flexibilität des Arbeitgebers, persönlicher Lebensstil, etc. Andererseits geht es um die materiellen und sozialen Bedürfnisse der Kinder. In diesem Kontext stellt sich zunächst die Frage, inwieweit Transferleistungen und Steuervorteile für Familien die Armutsgefährdung von Kindern in Deutschland und Frankreich wirksam bekämpfen. Als besonders problematisch gilt in beiden Ländern die prekäre Situation vieler Alleinerziehender. Kontrovers diskutiert wird mithin aber auch, wie Familienpolitik die in unseren heutigen Wissensgesellschaften als zentral erachtete Chancengleichheit von Kindern fördern sollte und welchen Beitrag hier die frühkindliche Betreuung leisten kann, auch und gerade für Kinder aus benachteiligten Familien. Die deutsche Debatte über das Betreuungsgeld hat gezeigt, dass in dieser Frage hierzulande kein gesellschaftlicher Konsens herrscht.

## Leitthesen

- Ein wichtiges Ziel von Familienpolitik in Deutschland und Frankreich besteht heute darin, den Müttern und Vätern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen. Die damit einhergehende Anpassung des Angebots von Kinderbetreuungsplätzen an die jeweilige lokale Nachfrage ist jedoch eine kontinuierliche und komplexe Aufgabe.
- Neben dem quantitativen Ausbau muss der Fokus insbesondere auf der Qualität der frühkindlichen Bildungs- und Betreuungseinrichtungen liegen.
- Es lässt sich darüber diskutieren, inwieweit dieses Angebot staatlich gesteuert werden kann bzw. soll und inwieweit auch Arbeitgeber in der Pflicht sind, auf die Bedürfnisse ihrer Angestellten einzugehen.
- Die Sorge um das Wohl der Kinder ist zentraler Bestandteil jeder Familienpolitik. Besonderes Augenmerk ist hierbei auf die Unterstützung von Kindern aus armutsgefährdeten Haushalten zu richten. Familienpolitik muss zum Ziel haben, Kinderarmut zu vermeiden und allen Kindern unabhängig von ihrem sozio-ökonomischen Hintergrund faire Bildungs- und Teilhabechancen zu ermöglichen.

*Dieses Hintergrundpapier des Deutsch-Französischen Instituts (dfi) ist im Rahmen der Deutsch-französischen Dialoge "Wie zukunftsfähig sind unsere Sozialstaaten?", eine Kooperation der Bertelsmann Stiftung und der Französischen Botschaft in Berlin, entstanden.*